

Grüne fordern Aufspaltung des Finanzpakets: Risiko für Klimaschutz!

Die Grünen fordern eine Überarbeitung des schwarz-roten Finanzpakets, während SPD und Union um eine Einigung ringen.

Bundestag, Deutschland - Die aktuellen Verhandlungen zwischen Union, SPD und den Grünen über ein umfassendes Finanzpaket stehen vor einer kritischen Wende. Die Grünen fordern von der Koalition, das bestehende Paket zu überarbeiten, insbesondere hinsichtlich der Verteidigungsausgaben. Fraktionschefin Katharina Dröge betont, dass zunächst eine Einigung über die Verteidigungsausgaben erzielt werden sollte, bevor in die Verhandlungen über Infrastruktur-Investitionen eingestiegen wird. Diese Forderung findet sich in einem Bericht von der **FAZ**.

Die SPD hingegen lehnt eine diese Aufspaltung ab, aus Befürchtungen, dass wichtige soziale Projekte nicht ausreichend finanziert werden könnten. CDU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz äußerte sich optimistisch über die Fortschritte der Gespräche und hob die Dringlichkeit hervor, eine Einigung zu erzielen. Am Abend haben die Fraktionschefs der beteiligten Parteien eine erneute Sitzung abgehalten, um die Details zu klären. Ein zentraler Punkt des Verhandlungskonzepts ist die geplante Lockerung der Schuldenbremse für die Verteidigungsausgaben sowie ein Sondervermögen von 500 Milliarden Euro für Infrastruktur-Investitionen, wie die **Deutschlandfunk** berichtet.

Verteidigung und Infrastruktur im Fokus

Ein zentraler Aspekt der Verhandlungen ist die Erhöhung der Verteidigungsausgaben. Deutschlands Verteidigungshaushalt soll im Jahr 2024 auf rund 71 Milliarden Euro steigen, ein Rekordbetrag, um den Anforderungen der NATO gerecht zu werden. Verteidigungsminister Boris Pistorius hat die Notwendigkeit dieser Erhöhung unterstrichen, obwohl einige Abgeordnete, einschließlich CDU/CSU, die Bundesregierung wegen früherer Versäumnisse zur Finanzierung der Bundeswehr kritisieren. Der reguläre Verteidigungshaushalt wird um 1,68 Milliarden Euro erhöht, während aus dem Sondervermögen 19,17 Milliarden Euro für militärische Beschaffungen fließen, wie im **Bundestag** zu entnehmen ist.

SPD-Fraktionschef Lars Klingbeil fordert zudem eine stärkere deutsche Führungsrolle innerhalb Europas, insbesondere angesichts der unberechenbaren US-Politik und der provokanten Haltung Russlands gegenüber der NATO. In diesem Kontext betont Merz die Notwendigkeit höherer Verteidigungsausgaben. Dazu plant er auch, Investitionen in den Klimaschutz aus dem Sondervermögen bereitzustellen, was allerdings von den Grünen kritisch hinterfragt wird.

Kritik und Widerstand

Die Grünen haben Bedenken geäußert, dass die Entscheidung, verschiedene Änderungen des Grundgesetzes in ein Gesetz zu integrieren, negative langfristige Auswirkungen auf wichtige Investitionen haben könnte, insbesondere bezüglich Klimaschutz und Modernisierung. Neben der internen Kritik gibt es auch äußeren Widerstand: Die AfD und die Linke haben Klagen gegen die Einberufung des aktuellen Bundestags beim Bundesverfassungsgericht eingereicht, was die bereits angespannte politische Lage weiter kompliziert.

Am Dienstag steht die Abstimmung über die geplanten Grundgesetzänderungen im Bundestag an, wobei eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist, die ohne die Zustimmung der Grünen nicht erreicht werden kann. Daher ist der Ausgang

dieser Debatte von zentraler Bedeutung für die zukünftige Finanzpolitik der Koalition.

Die Gespräche sind von einem Gefühl der Dringlichkeit geprägt, da alle Parteien versuchen, einen tragfähigen Kompromiss zu finden, der sowohl den notwendigen Verteidigungsausgaben Rechnung trägt als auch die sozialen Belange im Blick behält. Ob dies gelingen wird, bleibt abzuwarten.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Bundestag, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.faz.net• www.deutschlandfunk.de• www.bundestag.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de